



MEDIENMITTEILUNG

19. Februar 2014

Sparmassnahmen im Bildungsbereich

Das Büro der FEDE wurde heute über Sparmassnahmen im Bildungsbereich informiert. Wir stellen fest, dass die Massnahmen in erster Linie die Berufsbildung und die nach-obligatorische Schulbildung betreffen und schwächen. Manche Massnahmen könnten, wenn sie tatsächlich umgesetzt werden, die Entlöhnung der Lehrpersonen direkt beeinflussen. Andere Massnahmen könnten die Qualität der vermittelten Bildung und das Funktionieren der Schule verschlechtern sowie den Zugang zu bestimmten Ausbildungsgängen für viele Jugendliche massgeblich erschweren. Die betroffenen Berufsverbände werden die Massnahmen in den kommenden Wochen evaluieren. Bereits klar ist, dass die FEDE sich mit aller Kraft gegen Massnahmen wehren wird, welche die Entlöhnung der Lehrpersonen verschlechtern und ihre erworbenen Rechte gefährden. Es ist nicht hinnehmbar, dass eine Personalkategorie erneut zur Kasse gebeten wird. Die Lehrpersonen der Primarstufe sind ihrerseits besorgt über die Änderung des Ausführungsreglements zum Schulgesetz (RSchG) betreffend die massgebliche Anzahl Schülerinnen und Schüler für die Festlegung der Anzahl Klassen pro Schule. Mit dieser Massnahme geht unweigerlich eine Steigerung der durchschnittlichen Klassengrösse einher, da bestimmte Klassen wegfallen werden. Die durchschnittli-

che Klassengrösse liegt bekanntlich bereits heute über dem Schweizer Durchschnitt. Die betroffenen Mitgliedsverbände der FEDE werden die Einzelheiten des Massnahmenpakets gemeinsam studieren. Im Vordergrund steht für das Lehrpersonal die Aufrechterhaltung der Qualität der Schule und der Berufsbildung im Kanton Freiburg. Nach eingehender Prüfung wird die FEDE dem Staatsrat ihre Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zukommen lassen. Wir erwarten von der Regierung, dass sie den Dialog sucht, um eine qualitativ hochstehende Betreuung der Schülerinnen und Schüler sowie der Lernenden weiterhin sicherzustellen. Denn hier liegt eine grosse Stärke unseres Kantons, die nicht zerstört werden darf. Schliesslich bedauert die FEDE, dass die Behörden kurzfristig geplant haben und das Bevölkerungswachstum nicht berücksichtigt haben. Die vorgesehenen 81 Vollzeit-Stellen im Bildungsbereich reichen keineswegs angesichts eines Bedarfs, der real auf 111 Stellen geschätzt wird. Diese Zahl könnte sich gar noch erhöhen, denn die Bevölkerung wächst derzeit schneller als erwartet. Die FEDE hält fest, dass diese demographische Herausforderung nicht einfach den Lehrpersonen aufgebürdet werden kann. Der Staatsrat ist gefordert, weitere Massnahmen zu treffen, um die Finanzen zu stabilisieren und die Qualität der öffentlichen Dienste aufrechtzuerhalten.

Weitere Informationen:

Bernard Fragnière, 079 707 18 39
Präsident FEDE

Gaëtan Emonet, 079 607 95 52
Mitglied Büro FEDE, Präsident DFL Dachverband der Freiburger Lehrerschaft

Jacqueline Haefliger, 079 341 00 24
Mitglied Büro FEDE, Präsidentin LDF, Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburg